

BIRKE BULL

Abschied und Suche: die programmatische Debatte der PDS

Abschied ist ohne Suche nicht zu haben, und Suche wiederum bringt unweigerlich auch Abschied. Abschied und Suche sind ohne einander nicht im Angebot. Konfliktfrei wird es – wie immer unter Sozialistinnen und Sozialisten – auch nicht zugehen! Sie werden so manchen Abschied nehmen müssen, ohne bereits anderes gefunden zu haben. Sie werden manches finden, ohne von anderem Abschied nehmen zu müssen oder zu wollen. Nicht auf jede Frage wird eine Antwort zu haben sein, schon gar nicht eine für immer und ewig! Und: Wie immer unter Sozialistinnen und Sozialisten werden die Meinungen dabei weit auseinandergehen.

Programmatische Debatten haben es in sich, auch und vor allem unter den Linken im allgemeinen und in der PDS im besonderen! Im Unterschied zu konservativen und neoliberalen Denkern wollen die Linken eine Alternative zur derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung (sprich: etwas gänzlich anderes) entwerfen. Die Gleise sind eingefahren und die Lok will noch nicht so recht drauf passen und – als würde das noch nicht reichen – sich obendrein der vorgegebenen Richtung entziehen. Wovon wird die PDS Abschied nehmen müssen, wonach soll sie suchen?

Erstens: Es scheint, als würde die Frage nach der Beteiligung der PDS an staatlich-exekutiver Macht in Bund und Ländern in der Debatte über ein neues, zu reformierendes Parteiprogramm auf eine »Formfrage« reduziert werden.

Kritikerinnen und Kritiker meinen, zu streiten wäre zunächst über Inhalte. Daß Inhalt und Form im dialektischen Sinne eine Einheit sind, hindert sie offensichtlich nicht daran, die Debatte um die Form – nämlich wie, mit welchen Strukturen, Institutionen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen all diese Inhalte wann und mit welchen Konsequenzen durchgesetzt werden sollen – weiterhin als nachrangig zu betrachten! Mancherorts wird diese Frage sogar als das »Schielen nach der Macht« denunziert und damit emotionalisiert. Eine sachliche Debatte wird auf diese Weise erheblich erschwert. Eine Werthierarchie zwischen beiden Seiten ein und derselben Medaille ist jedenfalls eine konstruierte. Sie geht haarscharf am Leben vorbei!

Dahinter steckt vermutlich der Wunsch nach moralischer und politischer Unversehrtheit. Macht genießt – zu Recht und zu Unrecht – keinen guten Ruf. Und trotzdem wird sich auch die PDS um die Antwort auf die Frage nach der Beteiligung an staatlicher Macht, nach dem Preis und den Konsequenzen, nach den möglichen Gefahren und



Birke Bull– Jg. 1963, Musikschullehrerin und Lehrerin für Musik der unteren Klassen, seit 1994 für Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt, seit 1998 stellvertretende Vorsitzende der PDS-Fraktion im Landtag, Mitglied der Programmkommission der PDS

Risiken nicht herummogeln können. Sie ist keine Frage, die erst dann zu beantworten wäre, wenn ein gesellschaftliches Gesamtkonzept oder einzelne politische Projekte – quasi wie ein Geschichtsplan – fertig gedacht sind, und sie kann nicht erst dann diskutiert werden, wenn Wählerinnen und Wähler die Linke so mir nichts dir nichts aus der oppositionellen Nische herausgewählt haben.

Neben den Erfahrungen der Arbeit in der Opposition entscheiden ebenso die Erfahrungen, die Risiken und Nebenwirkungen in der Rolle der Exekutive über Politikfähigkeit – die Fähigkeit nämlich, in laufende politische Prozesse konstruktiv verändernd einzugreifen, sich einzumischen. Die PDS muß von der Vorstellung Abschied nehmen, gesellschaftliche Veränderungen seien einzig und allein aus der Rolle einer Opposition konsequent zu befördern.

Zweitens: Politische Alternativen können nicht vor dem Hintergrund von Folgenlosigkeit erarbeitet oder diskutiert werden! Losgelöst von Institutionen, Strukturen, tatsächlichen gesellschaftlichen Kräftekonstellationen und realpolitischen Störfaktoren – auch Sachzwänge genannt – lassen sich keine gesellschaftlichen Reformalternativen entwickeln, die dann auch zu praktischer Politik taugen. Einer politischen Wirklichkeit, die so gar nicht in den eigenen linken Kram paßt, läßt sich nicht mit Ignoranz begegnen. Linke Reformvorschläge müssen zum einen paßfähig sein mit den tatsächlich vorhandenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, zum anderen aber auch einen politischen Richtungswechsel in Gang bringen. Realpolitische Schritte sind gefragt, die im Hier und Heute zumindest in ihrer Konsequenz systemsprengende Wirkungen auslösen

Diese praktikablen politischen Reformalternativen bedürfen grundlegender »Qualitätsmerkmale«:

Zum ersten: Eine Vielzahl der vorliegenden politischen Konzepte der PDS zielt auf grundlegende, zumindest aber sehr tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, zum Beispiel die Einführung einer sozialen Grundsicherung, eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) oder das Konzept einer Steuerreform, die eine wirksame Umverteilung von Reichtum realisieren soll.

Politik vollzieht sich jedoch in sehr kleinen Schritten. Als Gesamtkonzept sind diese Vorstellungen meist nicht ad hoc realisierbar – aus pragmatischen wie auch aus mehrheitspolitischen Gründen. Das wiederum bedeutet, daß »Einstiegsszenarien« gebraucht werden. Umfangreiche Reformvorstellungen müssen in kleine Teilschritte »heruntergebrochen« werden. Die gegenseitige Bedingtheit der einzelnen Konzepte und deren Verzahnung ist wichtig, darf aber nicht dazu führen, daß das eine nicht ohne das andere realisierbar ist

Das Konzept eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors befindet sich in der öffentlichen Wahrnehmung zunächst in Konkurrenz zum traditionellen 2. Arbeitsmarkt jetziger Prägung. Zumindest in den östlichen Ländern trägt die herkömmliche Arbeitsmarktpolitik in der Praxis deutliche Züge der Verstetigung und übernimmt die zivilgesellschaftliche Funktion der Bewältigung auf Dauer anfallender soziokultureller Arbeit, auch wenn das Gesetzeswerk so freilich nicht gedacht war. Wenn diese Entwicklungen nun aber bereits halbwegs gesellschaftlich akzeptiert und praktisch geübt sind, wäre es für das Agieren der PDS durchaus sinnvoll, ihr Konzept für einen

neuen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aus dem alten des 2. Arbeitsmarktes heraus zu entwickeln – mit »Einstiegsszenarien« sozusagen. Für die Taube auf dem Dach reicht der politische Arm und auch die allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz noch nicht.

Die erarbeiteten Reformalternativen der PDS neigen dazu, seit Jahrzehnten mehr oder weniger funktionierende Systeme und Institutionen durch neue und damit praktisch noch nicht erprobte Modelle ersetzen zu wollen:

Die Bundestagsfraktion hat 1995 ein Konzept vorgelegt, das den Fonds zur Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung« – eine Gemeinschaftsaufgabe, die durch Bund und Land gemeinsam seit fast zehn Jahren finanziert und organisiert wird – ersetzen soll. Er soll ersetzt werden durch einen neuen Fonds, den Fonds »Zur Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur«.

Mit Blick auf eine notwendige Verbesserung der Beschäftigungseffekte von Wirtschaftsförderung ist die Diskussion darüber sinnvoll und notwendig, für PDS-Tagespolitik auf Landes- wie auch auf Bundesebene jedoch nicht ausreichend. Mittel- wie auch längerfristig werden diese Konzepte aller Wahrscheinlichkeit nach politisch nicht mehrheitsfähig werden. Darüber hinaus sind Insellösungen auf Landesebene nur schwer denkbar, geschweige denn realisierbar. Es werden also politische Angebote gebraucht, die sich wohl oder übel an dem ausrichten, was momentan durch die gesellschaftlichen, insbesondere durch die politischen Mehrheitsverhältnisse, als auch durch politische Entwicklungen im allgemeinen auf die Tagesordnung gesetzt wird. Konkret hieße das, Vorschläge zur Verbesserung des jetzt geltenden Fonds vorzulegen, die in der Lage wären, die Beschäftigungseffekte der Wirtschaftsförderung im Rahmen des jetzt praktizierten Fonds zu verbessern, ihn selbst aber durchaus auch grundlegender zu reformieren

Ob sich die Suche nach alternativen politischen Konzepten stärker auf den Ersatz bestehender Strukturen und Institutionen oder aber stärker auf die Reformierung bestehender Strukturen konzentriert, ist freilich streitbar. Beides wird notwendig sein. Das Defizit der PDS liegt jedoch bei Konzepten zur schrittweisen Reformierung bestehender Strukturen und Institutionen.

Zum zweiten: Reformen im politischen Tagesgeschäft realisieren sich weitgehend vor dem Hintergrund momentan geltender Gesetzmöglichkeiten. Bei einer Beteiligung der PDS an Landes- oder Bundesregierungen stehen diese nicht sofort und in Gänze quasi wie eine gesamtgesellschaftliche »Neuausschreibung« zur Disposition. Revolutionäre Ungeduld manifestiert sich nicht unbedingt in der Profilierung durch ständige Gesetzesbrecherei. Hier muß sorgfältige Kleinarbeit geleistet werden.

Zum dritten: Die Konzepte müssen mit konkreten Refinanzierungskonzepten untersetzt sein. Das ist ein ständiger Prozeß, denn eine nach unseren Idealen skizzierte Steuerreform wird über kurz oder lang nicht – in jedem Falle nicht vollständig – zu haben sein. Daran dürfen andere Reformvorstellungen der PDS aber nicht scheitern.

Zum vierten: Politische Reformvorhaben sind nicht losgelöst vom existierenden – oder auch vermeintlich existierenden – konservativen

Zeitgeist, von den seit vielen Jahren geschaffenen Tatsachen, Gewohnheiten, vom existierenden Wertekanon in dieser Gesellschaft allgemein aber auch in deren einzelnen Milieus realisierbar. Hier ist die Linke in besonderer Weise in Schwierigkeiten, denn nach 16 Jahren konservativer Politik ist die Gesellschaft auch in kultureller Hinsicht stark konservativ geprägt (im übrigen auch die Linke). Was, wenn die Vorstellungen der PDS nicht wenigstens die mehrheitliche Akzeptanz von Bürgerinnen und Bürgern finden? Welchen Stellenwert wird dann die Forderung nach Demokratie (im Sinne von Volksherrschaft) haben? Was, wenn das Volk nicht will, was die Linken wollen? Um welche neuen Milieus soll sich die Linke bei der Suche nach Verbündeten bemühen? Welche Bündnisse und welche Kompromisse will und soll sie eingehen?

Drittens: Das Bekenntnis zu Politikfähigkeit im allgemeinen und darunter insbesondere zu Teilnahme an Macht trägt zwangsläufig den Kompromiß im Schlepptau. Kompromisse haben eigenartigerweise besonders unter den Linken einen schlechten Ruf, gelten als Schwäche, als Verrat an eigenen Ausgangspositionen, als notwendiges Übel. Niemand würde von sich behaupten, nicht grundsätzlich kompromißbereit zu sein. Nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit ist man allerdings bereit, auch den Preis dafür zu zahlen. Jeder Kompromiß hat seinen Preis, sonst ist es keiner.

Die PDS wird auf absehbare Zeit und darüber hinaus nicht im Alleingang über politische Entwicklungen entscheiden. Das ist keineswegs nur ein notwendiges Übel. Sowohl im engeren Sinne, denn eine absolute Mehrheit der PDS wäre ebensowenig eine Bereicherung der Demokratie wie eine absolute Mehrheit der CDU. Aber auch im weiteren Sinne, denn die politischen Konzepte der PDS sind nicht à priori besser als die anderer gesellschaftlicher oder politischer Kräfte. Das sowohl mit Blick auf deren Praktikabilität, aber ebenso auch mit Blick auf das Standhalten ihrer Politik vor emanzipatorischen Grundsätzen. Sie wird in den Wettbewerb treten müssen mit denen, die ebenso beziehungsweise in ähnlichem Maße dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit verbunden sind – Gewerkschaften, Bürgerbewegungen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Vertreter anderer sozialer Bewegungen.

Wenn Einigkeit darüber herrscht, daß nur Despoten oder Diktatoren die Verwirklichung der nach eigenen Maßstäben zusammengemischten Ideale auf die politische Tagesordnung setzen, dann muß man sich auch damit abfinden, daß die eigenen Zielstellungen nur schrittweise zu realisieren sein werden. Wer sich zur Demokratie und zur Politikfähigkeit in einer Demokratie bekennt, bekennt sich notwendigerweise und zwangsläufig zum Kompromiß, zur Findung von Kompromissen, zur Pflege von Kompromissen – vor allem aber zu deren Konsequenzen. Wo die Versuchung lauert, die eigene politische Überzeugung in Absolutheit und kompromißlos auf die Ebene des Tagespolitischen übertragen zu wollen – vielleicht auch noch unter der Überschrift »Der Zweck heiligt die Mittel« –, da lauert der Totalitarismus, auch heute noch.

Zweifelsohne: Ein einmal gefundener Kompromiß im politischen Alltag ist nicht notwendigermaßen immer die beste Lösung in der

Sache. Und dennoch ist die Fähigkeit zu Kompromissen ein tragender und damit existentieller Stützpfeiler von Demokratie. Die Institution Kompromiß muß sich deshalb auch in einem künftig zu diskutierenden Konzept der PDS zur Demokratisierung der Demokratie wiederfinden. Im Grunde genommen ist der Kompromiß auch eine der häufigsten Formen der immer wieder geforderten friedlichen Konfliktlösungen im gesellschaftlichen Leben. Auch der politische Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition, zwischen verschiedenen Parteien, zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Partnern, Partnerinnen und Bewegungen gehört zur demokratischen Geschäftsordnung. Nicht im Sinne von Vernichtung und Ausschaltung des Gegners, sondern im Sinne einer fairen, politischen Diskussion in der Sache, im Sinne von politischem Pluralismus. Auch das ist kein notwendiges Übel, keine Übergangslösung – bis alle gewissermaßen begriffen haben, wer tatsächlich den richtigen Weg weiß. Es bedeutet, den politischen Vorschlägen und Konzepten der jeweils anderen vorurteilsfrei zu begegnen, es für möglich zu halten, unterlegen zu sein. Nicht nur mit Blick auf fehlende Mehrheiten, nicht nur in formaler oder pragmatischer Hinsicht. Das heißt letztlich auch, die Fähigkeit und Bereitschaft aufzubringen, die Interessen und Überzeugungen der anderen Seite zu verstehen, ohne sie zwangsläufig zu den eigenen zu machen. Der Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition, zwischen unterschiedlichen politischen Konzepten, zwischen außerparlamentarischer Bewegung und parlamentarischer Arbeit wird auch innerhalb der PDS stattfinden. Er findet bereits statt: zwischen den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Volksinitiative »Für die Zukunft unserer Kinder« in Sachsen-Anhalt¹ und den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die dem Kompromiß zur Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes zugestimmt haben. Er findet statt zwischen dem Dezernenten mit PDS-Mandat und der Stadtratsfraktion der PDS. Er findet statt zwischen den Kommunalpolitikern und den Landespolitikern. Und er findet statt zwischen der Ministerin mit PDS-Mandat und der Vertreterin einer von Kürzung betroffenen Bürgerinitiative.

Die PDS sollte sich hüten, diesem Wettbewerb in der Sache mit Gleichschaltung zu begegnen. Mit dem Eintritt in die Verantwortung auf der Seite der Exekutive wird sich selbstverständlich nicht die gesamte Partei an irgendwelchen Kabinetttischen wiederfinden. Auch der innerparteilichen Opposition muß die Luft zum Atmen gewährt werden. Aber ohne ein gewisses Maß an gegenseitiger Akzeptanz und das Wissen der jeweils anderen Funktion in der jeweils anderen Rolle wird es nicht zu machen sein. Wenn die Debatte über ein neues oder ein verändertes Parteiprogramm geführt wird, dann müssen Institutionen und Elemente wie Kompromißfähigkeit oder die Fähigkeit zu pluralistischer Demokratie – und deren Konsequenzen! – viel stärker als bisher Bestandteil dieses Konzeptes, mindestens aber der Debatte darum sein. Nicht als Konsequenz dessen, daß die PDS mittel- und langfristig nicht über absolute Mehrheiten verfügen wird. Nein! Diese Institutionen besitzen einen demokratisch tief verwurzelten Eigenwert – sind sozusagen eine politische Dauererscheinung in der Demokratie. Demokratie lebt nicht von Gleichschaltung, sondern stirbt an ihr.

1 Die Volksinitiative »Für die Zukunft unserer Kinder« sammelte 1998 in Sachsen-Anhalt 350 000 Unterschriften gegen eine Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes, die unter anderem auch Kürzungen bei der Landesförderung der Kinderbetreuungseinrichtungen vorsah und nach heftigen Auseinandersetzungen auch von der Landtagsfraktion der PDS mehrheitlich mitgetragen worden war.